

**Beitrag 43 vom 22.05.2026:**  
**Un-Sozialstaat:**

Der deutsche Sozialstaat ist oftmals keiner mehr, vor allem weil viel zu viele Menschen Leistungen erhalten, die ihnen schon nach geltender Rechtslage eigentlich gar nicht zustehen: Die zuständigen Behörden können aufgrund des über-bürokratischen Regeldschungels das Recht in der Praxis gar nicht durchsetzen, sodass Sanktionen am Ende oftmals ausbleiben, die Leistungen selbst an Totalverweigerer einfach weiter gezahlt werden und das auf Kosten von allen anständigen Bürgern, welche diese Leistungen durch Steuern und Abgaben bezahlen müssen. Dieser Sozialleistungsbetrug durch Totalverweigerer – also Personen, die sich konsequent der Aufnahme einer Arbeit verweigern, obwohl sie dazu in der Lage wären – ist sehr, sehr viel höher, als es viele Politiker, vor allem aus dem linken Spektrum, uns Bürgern immer weismachten: Sie behaupteten wahrheitswidrig, dass die Quote jener Totalverweigerer ja lediglich bei kaum ein Prozent aller Leistungsempfänger läge, was die offiziellen Statistiken ja auch angeblich beweisen würden.

In Wirklichkeit liegt die Quote jener Totalverweigerer allerdings eher zwischen 30 bis 40 Prozent, so die Einschätzung vieler Mitarbeiter in den zuständigen Job-Centern. Dass die offizielle Quote so gering sei, liege einfach auch daran, dass eben jener oben bereits erwähnte Regeldschungel wirksame Sanktionen so sehr erschwere, dass sie eben in der Praxis oftmals gar nicht von den zuständigen Behördenmitarbeitern durchgesetzt werden könnten.

Eine ZDF-Dokumentation der Sendereihe ‚Am Puls‘ von Dr. Sarah Tacke im Mai 2026 zeigt anhand typischer Beispiele auf, wie dieser Sozialleistungsbetrug in der Praxis abläuft. Es handelt sich um einen wirklich sehr guten Fernsehbeitrag.

Erschreckend ist, dass verantwortliche Politiker seit vielen Jahren dieses Ausmaß dieses offensichtlichen Betruges einfach ableugneten. Dabei hätten sie es besser wissen können, ja, müssen!

Als ob das oben Geschildert nicht schon schlimm genug wäre, wird in mehreren Medien Ende Mai 2026 berichtet, dass selbst mit Haftbefehl gesuchte Menschen dennoch weiterhin Sozialleistungen beziehen und zwar ganz legal! Man muss sich das einmal vorstellen: Ein per Haftbefehl Gesuchter, der eigentlich im Gefängnis sitzen müsste, sich aber

bisher dem polizeilichen Zugriff entziehen konnte, erhält dennoch weiterhin völlig legal Sozialleistungen. Das versteht kein vernünftiger Mensch.

Aber es kommt noch schlimmer: Angeblich soll dies schon länger auch verantwortlichen CDU-Politikern wie dem Generalsekretär Carsten Linnemann bekannt gewesen sein: Er habe sich – laut diesen Medienberichten – bei der ersten Reform des Bürgergeldes hin zur neuen Grundsicherung nicht gegen die SPD-Vertreter in der Koalition mit dem Wunsch diesen skandalösen Unsinn zu beenden durchsetzen können.

Dies ist in zweierlei Hinsicht ein aus meiner Sicht unentschuldbares Versagen, wenn die Medienberichte stimmen sollten:

1. Das Verhalten der SPD ist ein ungeheuer skandalöser Verrat an den Interessen der rechtstreuen Bürger dieses Landes.
2. Die CDU hätte sich in der Koalition durchsetzen oder zumindest diese skandalöse Haltung der SPD in die Öffentlichkeit tragen müssen, um den Druck auf den Koalitionspartner so sehr zu erhöhen, dass dieser hätte nachgeben müssen.

Durch solches Verhalten zerstören jene Politiker das Vertrauen in unseren Staat auf eine unverantwortliche Weise und dürfen sich dann nicht wundern, wenn sich dies radikale Kräfte zunutze machen. Nun aber will Herr Linnemann endlich in einer zweiten Reform der neuen Grundsicherung diesen Unsinn beenden: sehr spät und vielleicht schon zu spät, weil bereits schon viel zu viel Vertrauen zerstört worden ist.